[Träger]

Bremen,
[Telefon]
[eMail]

An den
Senator für Kinder und Bildung
AZ: 132
Rembertiring 8-12
28195 Bremen

ANTRAG AUF GEWÄHRUNG EINER ZUWENDUNG

hier:

Der/die Antragsteller/-in beantragt

Haushaltsjahr 20

Hiermit wird für diese Maßnahme für den Zeitraum vom ..... bis ..... eine Zuwendung i.H.v. ..... € auf Grundlage des nachstehenden Finanzierungsplanes beantragt.

Die Finanzierung der Maßnahmen ist wie folgt geplant:

1) <u>Einnahmen</u>

Eigene Einnahmen/ Eigenanteil	…….. €
Leistungen Dritter (<u>ohne</u> öffentliche Förderung):	…….. €
Leistungen Dritter (öffentliche Stellen <u>ohne</u> Bremen):	…….. €
Leistungen Bremen (öffentliche Förderung):	…….. €
Summe Einnahmen	**…… €**

2) <u>Ausgaben</u>[i]

a. Personalausgaben[ii]	..... €
b. *Sachausgaben*	..... €
Summe Ausgaben	**..... €**

3.) Die beantragten Mittel werden wie folgt benötigt:

Haushaltsjahr:	Personalausgaben:	Sachausgaben:	Insgesamt:

4.) Daten zum Antragsteller

Name der Institution

Rechtsform

Straße

Ort

Telefon

E-Mail

5.) Projektleitung/Ansprechparter:in

Name/Titel

Telefonnummer

E-Mail

6) Bevollmächtigter Unterzeichner[iii]

Name/Titel

Telefonnummer

E-Mail

7.) Erklärungen des Antragstellers

☐ Der Antragsteller/die Antragstellerin versichert, dass mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde.

☐ Nach dem am 1.9.2012 in Kraft getretenen Landesmindestlohngesetz gewähren die Freie Hansestadt Bremen und die Gemeinden Bremen und Bremerhaven sowie Einrichtungen im Sinne von § 4 Landesmindestlohngesetz Zuwendungen gem. §§ 23,44 LHO nur, wenn sich die Empfänger/innen verpflichten, ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mindestens den festgelegten Mindestlohn zahlen. Dementsprechend verpflichten sich der Antragsteller/die Antragstellerin, ihren/seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mindestens ein Entgelt von 14,87 € (brutto) je Zeitstunde – zu zahlen.

☐ Der Antragsteller/die Antragsstellerin ist nicht vorsteuerabzugsberechtigt.

☐ Erklärung ordnungsgemäßen Geschäftsführung:
Der Antragsteller/die Antragstellerin versichert, dass er/sie ordnungsgemäß seine Geschäfte führt. Er/sie erklärt daher, dass nachfolgende Aussagen ***unzutreffend*** sind:

- Es wurde oder wird ein Insolvenzverfahren eröffnet.
- Es liegt eine Verurteilung wegen Bankrotts und/oder Subventionsbetrugs und/oder Steuerhinterziehung vor
- Es bestehen Zahlungsrückstände bei Sozialversicherungsträgern
- Es bestehen Verstöße wegen tarifvertraglicher Verpflichtungen und/oder der Beschäftigung. von Schwarzarbeitern und/oder gegen Arbeitschutzregeln.
- Verwendungs- und/oder Zwischennachweise wurden wiederholt verspätet vorgelegt.
- Zuwendungen wurden wiederholt unwirtschaftlich verwendet und/oder nicht zweckentsprechend verwendet und/oder nicht alsbald verwendet.
- (Die) Bewilligungsbehörde(n) wurden über einen bereits erfolgten Maßnahmenbeginn getäusch.
- Ausgaben wurden nicht belegt.
- Vorgegebene Antrags- und Nachweisunterlagen wurden trotz mehrfacher Aufforderung nicht verwandt.
- Fristen wurden wiederholt ohne hinreichende Gründe versäumt.
- Einnahmen und/oder Ausgaben wurden nicht ordnungsgemäß verbucht.

☐ Der Antragsteller/die Antragstellerin erklärt, dass er/sie und das von ihm/ihr rekrutierte Personal über die fachliche Eignung und Kompetenz verfügt, die zur Durchführung des Projekts und zur Umsetzung des Zuwendungsziels erforderlich sind.

☐ Der Antragsteller/die Antragstellerin erklärt, dass für das von ihm/ihr rekrutierte Personal ein erweitertes Führungszeugnis nach § 30 a Abs. 1 Bundeszentralregistergesetz (BZRG) vorliegt.

☐ Die Bonität des Antragstellers ist gewährleistet.

☐ Erklärung zum Datenschutz:
Der Antragsteller/die Antragstellerin erklärt, dass ihm/ihr bekannt ist, dass die Erhebung personenbezogener Daten zur Ermittlung und Überprüfung der Höhe der Zuwendung und der Einhaltung des Besserstellungsverbots erforderlich ist sowie dass ihm/ihr die entsprechenden Inhalte der Datenschutzinformation nach Art. 13 DSGVO (siehe Anlage) , bekannt sind. Ferner erklärt er/sie, dass ihm/ihr bekannt ist, dass zur Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben Daten der Zuwendung nach § 2 Datenschutzordnung der Bremischen Bürgerschaft veröffentlicht werden können und das Zuwendungsdaten aufgrund § 11 Absatz 4 Ziffer 5 des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes – BremIFG – im Transparenzprotal veröffentlicht werden. Personenbezogene Daten werden bei der Bezeichnung des Zuwendungszwecks nur genannt, sofern sie nicht aus Datenschutzgründen zu

anonymisieren sind. Vorlagen des Haushalts- und Finanzausschusses sowie Bürgerschaftsdrucksachen werden auch im Internet veröffentlicht. Ferner erklärt der Antragsteller/die Antragstellerin, dass er/sie das übermittelte Informationsschreiben zur Erhebung von Daten bei Dritten nach Art. 14 DSGVO auch an die betroffenen Beschäftigten weitergeleitet hat.

Mit freundlichen Grüßen

(Rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers/Firmenstempel)

☐ Dem Antrag ist eine Projektbeschreibung mit Zuwendungszweck und Zuwendungsziel beigefügt.

☐ Dem Antrag ist ein detaillierter Finanzierungsplan begefügt.

[i] Bitte gfs.Finanzierungsplan beifügen, insbesondere wenn sich die Finanzierung über mehrere Jahre erstreckt.
[ii] Bitte Stellenplan beifügen
[iii] Der Unterzeichner/die Unterzeichnerin muss formell zur Unterschrift befugt sein.